

KOMMENTAR



Norbert Krupp
zur Krise der GGS der VG Stromberg

@ az-kreiskh@vrm.de

Ausmaß unterschätzt

Fast hätte sie Insolvenzantrag stellen müssen, die GGS der Verbandsgemeinde Stromberg, deren Ausgaben seit Jahren höher sind als die Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken im ansonsten erfolgreichen Gewerbepark Waldaubersheim. Zu lange haben die Kommunalpolitiker – vor allem die Mitglieder des Aufsichtsrates – dem Geschäftsführer geglaubt, der die Hoffnung verbreitete, diverse Grundstücksgeschäfte stünden kurz vor dem Abschluss. Die Realität sah dagegen bescheiden aus: Ein Verkauf 2013, zwei 2014 und 2015 nur ein Interessent. Kein Wunder, dass bei der GmbH Verluste aufliefen, seit 2012 insgesamt über 800 000 Euro. Und kein Wunder, dass dann die Liquiditätsdecke zu kurz wurde. Aber im Beteiligungsbericht, der Ende März dem VG-Rat vorgelegt wurde, stand noch zu lesen, die Liquiditätssituation habe sich verbessert. Die Verbandsgemeinde hat – dank hilfreicher Intervention der Sparkasse – endlich gehandelt und will die künftig entstehenden Defizite durch Senken der Kosten und Intensivierung des Grundstücksverkaufs minimieren. Durch Umschuldung konnte die drohende Insolvenz abgewendet werden, die vermutlich dazu geführt hätte, dass die restlichen Grundstücke unter Wert abverkauft oder gar veramscht worden wären. Diese „Sanierung“ der GGS wäre schon vor Jahren angezeigt gewesen, aber der Aufsichtsrat hat wohl das Ausmaß der Probleme nicht erkannt oder nicht die richtigen Schlüsse daraus gezogen. Das haben erste Mitglieder bereits eingeräumt. Es wird noch zu prüfen sein, wer die Verantwortung dafür zu tragen hat, dass sich die Krise der GGS so lange ungehindert ausweiten durfte.

Insolvenz ist abgewendet

KRISE VG Stromberg greift der Gesellschaft für Gewerbeansiedlung finanziell unter die Arme

Von Norbert Krupp

STROMBERG. Wie ein Zauberer, der ein Kaninchen aus dem Zylinder zieht, präsentierte die CDU im Verbandsgemeinderat einen Lösungsvorschlag zur Sanierung der von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Gesellschaft für Gewerbeansiedlung der VG Stromberg mbH (GGS). Doch als die Christdemokraten erkennen mussten, dass ihre Variante weder im Rat noch in der Praxis eine Aussicht auf Erfolg haben würde, zogen sie nach einer Sitzungsunterbrechung ihren Vorschlag zurück. Dann aber weiterten sie dem von Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) vorgelegten Sanierungsplan ihre Zustimmung: In namentlicher Abstimmung, auf Wunsch der CDU, reichten aber die 13 Ja-Stimmen von SPD, WGS/WGP und der Bürgermeisterin aus, um die neun Gegenstimmen der CDU und zwei Enthaltungen aus ihren Reihen (Karsten Theis und Nils Warmemünde) zu überstimmen. Durch eine Entschuldung der GGS zu Lasten der Verbandsgemeinde kann nun die seit Wochen drohende Insolvenz im letzten Moment abgewendet werden.

Zahlungen zugesagt

Der Verbandsgemeinderat, so Denker, komme dem Wunsch der Sparkasse Rhein-Nahe nach, „erneut eine Patronats-erklärung für die GGS abzugeben, weil die bisherige am Sitzungstag endete. Nun verpflichtet sich die VG, bis zur Übernahme sämtlicher Kredite ihrer 100-prozentigen Tochter für deren Zahlungsfähigkeit zu sorgen. Bis zum 30. Juni soll dies erledigt sein. In der Praxis begleitet die Verbandsgemeinde weiterhin fällige Rechnungen der GGS.

Bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschloss der Rat, dass die Verbandsgemeinde das bisher von den Verbandsgemeindewerken der GGS gewährte Darlehen von 1,337 Millionen Euro zuzüglich Zinsen

und Gebühren für 2015 übernehmen wird. Bislang sei den Gebührenzahlern der VG-Werke durch dieses Darlehen kein Schaden entstanden, erklärte Wirtschaftsprüfer Gerhard Kopf.

Die Verbandsgemeinde übernimmt auch die Darlehen, die die GGS bei der Sparkasse aufgenommen hat: 1,534 Millionen Euro. Hinzu kommt ein Kontokorrentkredit, dessen Negativsaldo mit 247 410 Euro bereits deutlich über der vereinbarten Linie von 153 400 Euro liegt. Dies, so führte die VG-Chefin

» Es handelt sich hier um eine Krise der GGS und nicht des Gewerbeparks.«

VOLKER MÜLLER-SPÄTH, Ortsbürgermeister von Waldaubersheim

im Rat aus, habe die Sparkasse am 19. Februar veranlasst, „die Konten der GGS zu sperren“. In der Diskussion warb die Bürgermeisterin für die Chance,

„aus eigener Kraft unsere Tochter zu sanieren“. In einem Pressgespräch hatte sie zuvor eingeräumt, dass sie sich frage, ob sie nicht schon 2013 die Sanierung der GGS hätte anstoßen müssen. „Aber damals haben andere Mehrheitsverhältnisse geherrscht“, gab die SPD-Politikerin zu bedenken.

Hohe Ausgaben

Volker Müller-Späh (SPD), Ortsbürgermeister von Waldaubersheim, wunderte sich dann sehr über den Vorschlag der CDU, seine Gemeinde könne ja einen der beiden Kreditblöcke der GGS übernehmen. Waldaubersheim habe schließlich am meisten vom Gewerbepark profitiert, hatte CDU-Sprecher Helmut Höning argumentiert. „Es handelt sich hier um eine Krise der GGS und nicht des Gewerbeparks“, machte Müller-Späh deutlich und erklärte, dass die Verbandsgemeinde von dessen Gewerbe- und Vergütungssteuern einen weit größeren Anteil vereinnahmt habe.

Sein Rat werde einer Kreditübernahme, wie von der CDU vorgeschlagen, sicher nicht zustimmen.

„Fakt ist, dass die Sparkasse die Kredite gekappt hat, weil die Gesellschaft mehr Ausgaben als Einnahmen hatte“, betonte SPD-Fraktionssprecherin Nicole Reißert. „In keinem Jahr ist eingetreten, was die Fortführungsprognosen für die GGS vorhergesagt haben. Der Aufsichtsrat hätte schon vor fünf Jahren die Reißleine ziehen müssen“, stellte Rainer Schmitt (SPD) fest, der seit zehn Jahren im Aufsichtsrat der GGS sitzt. Ein Insolvenzverfahren wäre nur der zweitbeste Weg – bei vielen Nachteilen, argumentierte Marlis Klauer für die Fraktion von WGS/WGP.

Strombergs Stadtbürgermeisterin Klarin Hering (CDU) sprach sich stattdessen dafür aus, die GGS in Insolvenz gehen zu lassen. „Die Krise war mir schon 2013 bekannt. Eine Insolvenz wurde damals durch Gewähren einer Bürgschaft abgewendet.“ **KOMMENTAR**



Sagt schon fast alles: Zwei von drei Schildern, auf denen die GGS im Gewerbegebiet Waldaubersheim für den Verkauf freier Grundstücke wirbt, sind derart zugewachsen, dass die Telefonnummer zur Kontaktaufnahme nicht mehr sichtbar ist. Professionelles Marketing sieht anders aus. Foto: Norbert Krupp

VG Stromberg rettet Tochter vor Insolvenz

Gewerbepark Vermarkter tätig zu wenig Verkäufe in Waldlaubersheim – Rund 3 Millionen Euro Schulden aufgelaufen

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** Die Gesellschaft für Gewerbeansiedlung VG Stromberg mbH (GGS), die für die Vermarktung der Flächen im Gewerbepark Waldlaubersheim verantwortlich zeichnet, steckt in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Nach einem Beschluss des VG-Rats von Donnerstag will die Verbandsgemeinde Stromberg nun vollumfänglich die Verbindlichkeiten ihrer Tochtergesellschaft übernehmen, um sie vor der drohenden Insolvenz zu retten.

Bereits am 19. Februar hatte die Sparkasse Rhein-Nahe, Kreditgeberin der GGS, dem Unternehmen die Kontokorrentkonten gesperrt, die mit 247 410 Euro überzogen sind – gestattet waren aber nur 153 400 Euro. Mit Verbindlichkeiten aus Krediten steht die GGS bei der Sparkasse außerdem mit weiteren 1,38 Millionen Euro in der Kreide. Darüber hinaus schuldet

die GGS den VG-Werken für Erschließungsarbeiten im Gewerbepark wie das Verlegen der Kanalisation 1,35 Millionen Euro. Das macht für die GGS in der Summe Schulden von fast 3 Millionen Euro.

Die Jahresabschlüsse der Firma weisen seit Jahren ein konstantes Minus aus: 2012 machte sie 229 000 Euro Verlust, 2013 waren es 261 500 Euro, nach einem vorläufigen Ergebnis beträgt das Minus für 2014 rund 200 000 Euro. Denn auch wenn die GGS nichts verkauft, laufen unter anderem Kosten für Unterhaltung und Winterdienst für den Gewerbepark auf.

2013 nur ein Grundstück verkauft

Der Hauptgrund für die finanzielle Misere: Die GGS bleibt in puncto Gewerbeflächenverkauf seit 2011 weit hinter den Erwartungen zurück. 2011 und 2012 verkaufte die Vermarktungsgesellschaft kein einziges Grundstück, 2013 wurde immerhin eins verkauft, der Deal wurde jedoch erst im Folgejahr mit einem Erlös von rund 400 000 Euro kassenwirksam.

Außerdem muss die GGS, als deren Geschäftsführer und momentan einziger Angestellter Franziskus Graf von Plettenberg fungiert, Personalkosten in Höhe von 86 000 Euro jährlich (Stand 2013) stemmen. Die Einnahmen aus den beiden Jahren 2013/14 reichten am

Ende nicht mehr aus, um den Geschäftsbetrieb zu finanzieren oder gar Darlehenszinsen zu bedienen.

Das hatte im März vergangenen Jahres auch die Sparkasse auf den Plan gerufen, die von der VG eine Bürgschaft für die Verbindlichkeiten der GGS verlangt hatte. Im Zweifelsfall hätte die VG mit 500 000 Euro für die Schulden der Gesellschaft eintreten müssen.

Trotz roter Zahlen hatten Wirtschaftsprüfer der GGS zuletzt im März 2013 eine positive Fortführungsprognose erstellt, in der Annahme, dass diese wieder mehr Verkäufe tätigen würde. Eine solche positive Prognose ist einer der Faktoren, durch den verhindert werden kann, dass überschuldete Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Doch die Verkäufe blieben auch danach weitgehend aus. „Ich weiß nicht, woran das liegt, nicht am Preis jedenfalls“, sagte VG-Bürgermeisterin Anke Denker

VG musste schon 1999 Millionenbürgschaft übernehmen

1993 schlossen Waldlaubersheim und die VG Stromberg einen Vertrag über einen Gewerbepark, realisieren sollte ihn die VG. 1996 wurde die Gesellschaft für Gewerbeansiedlung VG Stromberg mbH (GGS) gegründet. 2001 begann die Gesellschaft mit der Vermarktung. Die VG musste

(SPD), die im GGS-Aufsichtsrat sitzt. Denker trug vor, dass Graf von Plettenberg bei den Aufsichtsratssitzungen immer von „vielen Interessenten“ gesprochen habe. „Das ist ein Problem“, fügte sie an.

VG übernimmt Schulden der GGS

Nach den verheerenden Nachrichten im Februar entschloss sich Denker, mithilfe von Gerhard Kopf vom Mainzer Wirtschaftsprüfungunternehmen Dornbach einen Rettungsplan zu erarbeiten, den der VG-Rat nun am Donnerstagabend verabschiedete. Dabei soll nun also die VG, vorbehaltlich der Bewilligung durch die kommunale Aufsichtsbehörde beim Landkreis Bad Kreuznach, anstelle der GGS in deren Verpflichtungen bei der Sparkasse eintreten. Dazu soll die VG einen Kommunalkredit zu besseren Konditionen aufnehmen.

Darüber hinaus wird die VG das ohnehin kommunalrechtlich prob-

lematische Darlehen von den VG-Werken an die GGS ablösen und auch diese Verbindlichkeiten schultern, nur so könne nach Ansicht von Wirtschaftsprüfer Kopf ein eventueller Schaden für die Gebührenzahler der VG-Werke vermieden werden. Eine mögliche Insolvenz der Gesellschaft wurde als Lösung von vornherein ausgeschlossen, da man befürchtete, dass dabei die verbleibenden Grundstücke mit einer Fläche von rund 70 000 Quadratmetern unter Wert verkauft werden könnten.

Kurz vor der Abstimmung im VG-Rat, die auf Antrag der CDU-Fraktion namentlich erfolgte, hatte CDU-Sprecher Helmut Höning einen alternativen Sanierungsplan vorgelegt. Dieser sah vor, dass anstelle der VG die Ortsgemeinde Waldlaubersheim die Schulden der GGS übernehmen sollte. „Wir werden einer solchen Vereinbarung sicher nicht zustimmen“, entgegnete VG-Ratsmitglied und Waldlaubersheims Ortsbürgermeister Volker Müller-Späth (SPD). Strombergs Stadtbürgermeisterin Klarin Hering (CDU) plädierte für eine geordnete Insolvenz, Rainer Schmitt (WGS/WGP) schlug eine Rekommunalisierung der Gesellschaft vor. Bei neun CDU-Neinstimmen und zwei CDU-Enthaltungen wurde dann das von Denker favorisierte GGS-Rettungspaket verabschiedet.